

1

2026 / Die Golfstaaten zwischen Krieg und Frieden /

BEWAFFNETE KONFLIKTE

- 1.1** ↘ Analyse der weltweiten Konfliktsituation
- 1.2** ↘ Die Golfstaaten zwischen Krieg und Frieden

↓ EMPFEHLUNGEN

1

46

1 Multilaterale Konfliktregelung wiederbeleben

Angesichts der Dominanz interessengetriebener Diplomatie sollte die Bundesregierung gemeinsam mit ihren europäischen Partnern bestehende multilaterale Mechanismen stärken, um Friedensprozesse nachhaltig zu gestalten.

2 Völkerrechtsbrüche klar benennen

Die US-Intervention in Venezuela sowie die US-amerikanischen und israelischen Militärschläge gegen den Iran sind völkerrechtswidrig. Derartige Rechtsbrüche muss die Bundesregierung gegenüber den USA und Israel auch dann deutlich machen, wenn die angegriffenen Regime repressiv oder diktatorisch sind.

3 Regime change im Iran nicht gewaltsam erzwingen

Wenngleich die Hoffnungen auf einen demokratischen Wandel im Iran groß sind, sollte die Bundesregierung keine militärische Unterstützung (unter anderem Waffen) leisten, um das Terrorregime im Iran zu bekämpfen.

4 Ökonomische Kooperation stärker an Konfliktdeeskalation koppeln

Die EU sollte eine gemeinsame Position entwickeln, wie wirtschaftliche Kooperation, Investitionspartnerschaften und Energiebeziehungen mit den Golfstaaten stärker genutzt werden können, um Anreize für eine konstruktive Rolle dieser Staaten in regionalen Konflikten zu schaffen.

5 Auf die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) einwirken

Die VAE haben sich zu einem der wichtigsten Förderer von Kriegsparteien im Nahen Osten und am Horn von Afrika entwickelt. Deutschland und die EU müssen auf die VAE einwirken, die Unterstützung von Stellvertretern in Gewaltkonflikten einzustellen.

6 Weiterverbreitung von Waffen verhindern

Die Golfstaaten leiten illegal europäische Waffen an Kriegsparteien weiter, die bei Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht möglicherweise Anwendung finden. Ausfuhrgenehmigungen an die Golfstaaten sollten nur dann erteilt werden, wenn Endverbleibkontrollen gewährleistet sind.

7 Vermittlungsinitiativen der Golfstaaten konstruktiv einbinden

Die Bundesregierung und die EU sollten versuchen, die Vermittlungsinitiativen von Saudi-Arabien, Katar und der VAE in multilaterale Formate einzubinden, um Transparenz zu erhöhen und Friedensprozesse institutionell abzusichern.

8 Maritime Sicherheit im Roten Meer absichern

Angesichts der geopolitischen Konkurrenz am Bab al-Mandab und im Roten Meer sollte die EU auf regionale Dialogformate zwischen Anrainerstaaten und Golfmonarchien hinwirken, um eine weitere Militarisierung dieser Handelsroute zu verhindern und maritime Sicherheit und Konfliktprävention zu fördern.

BEWAFFNETE KONFLIKTE /

Die Golfstaaten zwischen Krieg und Frieden /

Das weltweite Konfliktgeschehen fordert vor allem in der Ukraine, in Gaza und im Sudan Zehntausende Tode. Zudem wird durch die Angriffe der USA und Israels auf den Iran, die gewaltsame Entführung des venezolanischen Präsidenten Maduro durch die USA und Trumps Forderung nach der Annexion Grönlands das Völkerrecht untergraben. Immer deutlicher wird, dass Staaten wie Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate oder Katar in den Gewaltkonflikten im Nahen Osten und am Horn von Afrika als konkurrierende Mittelmächte auftreten.

1.1 ✓ Analyse der weltweiten Konfliktsituation

Das globale Konfliktgeschehen bleibt auf einem historisch hohen Niveau und intensivierte sich jüngst sogar noch. Das Armed Conflict Location & Event Dataset (ACLED) dokumentiert für das Jahr 2025 204.000 konfliktbezogene Ereignisse – darunter militärische Gefechte, gewaltsame Proteste und einseitige staatliche Gewalttaten. Das ist eine Steigerung um 25 % gegenüber 2023 (→ ACLED 2025). Das Uppsala Conflict Data Program (UCDP) verzeichnet für 2024 (das letzte Jahr, für das UCDP-Daten derzeit verfügbar sind) 61 aktive bewaffnete Konflikte in 36 Ländern, an denen mindestens ein staatlicher Akteur beteiligt war. Das sind zwei mehr als im Vorjahr (→ UCDP 2026). Es ist zudem die höchste Zahl seit Beginn der systematischen Erfassung im Jahr 1946.

Elf der 61 Konflikte erreichten mit jährlich über 1.000 durch Kampfhandlungen getöteten Personen den Status eines Kriegs – im Vorjahr waren es neun. Die zwei größten waren der fortdauernde Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine mit etwa 75.000 Getöteten sowie die Kämpfe Israels in und um Gaza mit schätzungsweise 26.000 Todesopfern (→ Rustad 2025). Beide Kriege prägten sowohl die globale Statistik als auch die internationale Berichterstattung. Der Bürgerkrieg im Sudan entwickelte sich zu einer der weltweit größten humanitären Krisen. Über 30 Mio. Menschen sind dort auf Nothilfe angewiesen – die Hälfte von ihnen Kinder.

2024 überschritten
elf Gewaltkonflikte
die Schwelle zum Krieg

Ein Drittel der weltweiten Bürgerkriege ist dem UCDP zufolge „internationalisiert“. Es handelt sich dabei um innerstaatliche Gewaltkonflikte mit externer militärischer Beteiligung. Diese finden sich vor allem im Nahen und Mittleren Osten sowie in Teilen Afrikas – Regionen, die im Fokus dieses Kapitels stehen. Dort verflochten sich lokale und nationale Machtkämpfe mit regionalen und internationalen Interessen, insbesondere von aufstrebenden Mittelmächten. Diese treten als militärische Unterstützer, finanzielle Förderer, politische Vermittler und wirtschaftliche Unternehmer auf. Vor diesem Hintergrund nehmen wir in diesem Kapitel die Rolle dreier wichtiger Golfstaaten – Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Katar – als externe Akteure, Förderer und Mediatoren in bewaffneten Konflikten weltweit in den Blick. Vorher geben wir noch einen Überblick über die wichtigsten globalen Konflikttrends.

WELTWEITE OPFER KRIEGERISCHER GEWALT

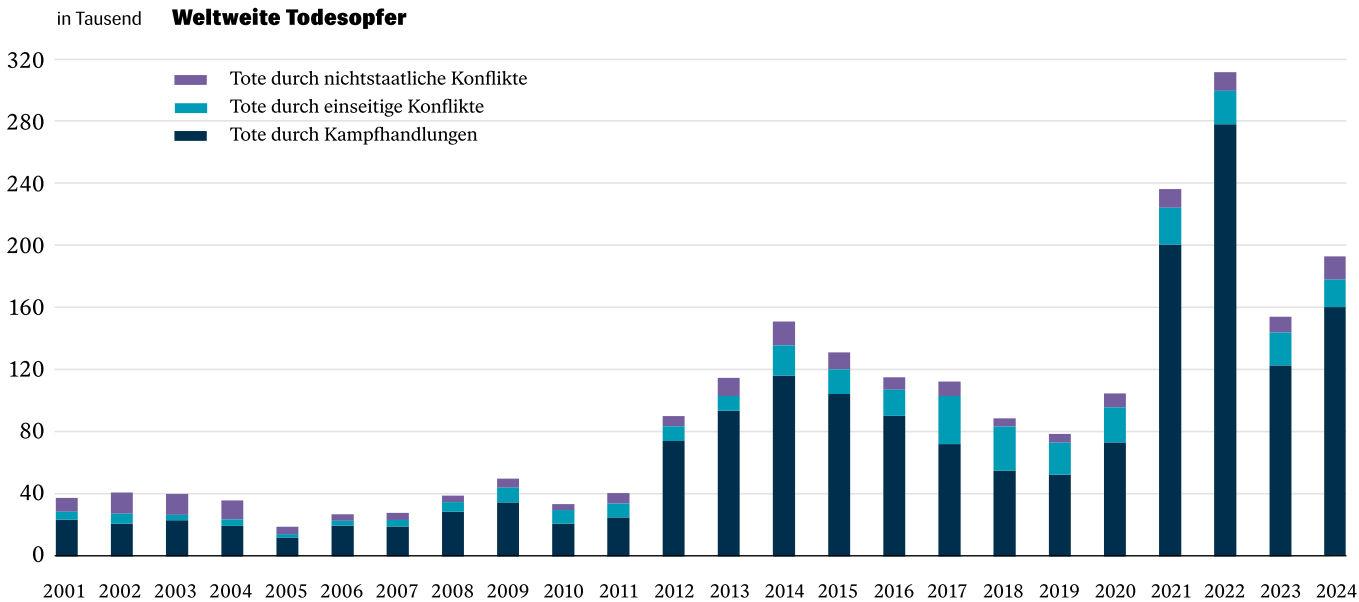
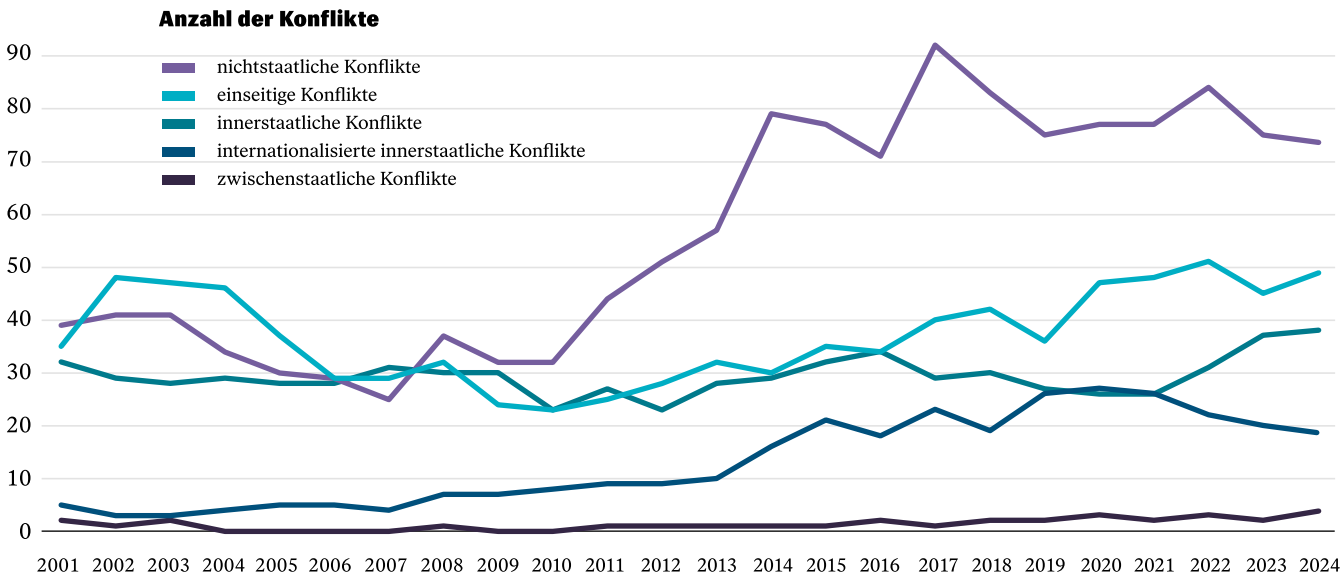
Der Zeitraum zwischen 2021 und 2024 markiert die gewalttätigste Phase seit Ende des Kalten Krieges → **6**. Insgesamt kamen 891.000 Menschen gewaltsam ums Leben (→ UCDP 2026). Für einen erheblichen Teil davon waren drei Kriege verantwortlich: der Bürgerkrieg in Äthiopien (vor allem 2021–2022), der russische Angriff auf die Ukraine (seit 2022) sowie die Eskalation der Gewalt in Gaza (seit 2023). Hinzu traten die Bürgerkriege im Sudan, in Myanmar und in der westlichen Sahelregion.

2024 betrug die Zahl der getöteten Gewaltopfer rund 192.000. Davon verloren 159.000 Personen in militärischen Kampfhandlungen ihr Leben. 18.000 Menschen fielen nicht-staatlicher Gewalt und 15.000 einseitiger staatlicher Gewalt zum Opfer (→ UCDP 2026). Im Vergleich zu den Vorjahren erreichte der weltweite Gewaltgrad zwar nicht den extremen Ausschlag des Jahres 2022 mit über 310.000 Getöteten (zum großen Teil verursacht durch den Bürgerkrieg in Äthiopien). Gleichwohl stieg er um rund 25 % gegenüber 2023 an und stabilisiert damit ein besorgniserregendes Gewaltniveau, das deutlich über die Intensität vorangegangener Jahrzehnte hinausgeht.

5 Opferzahlen

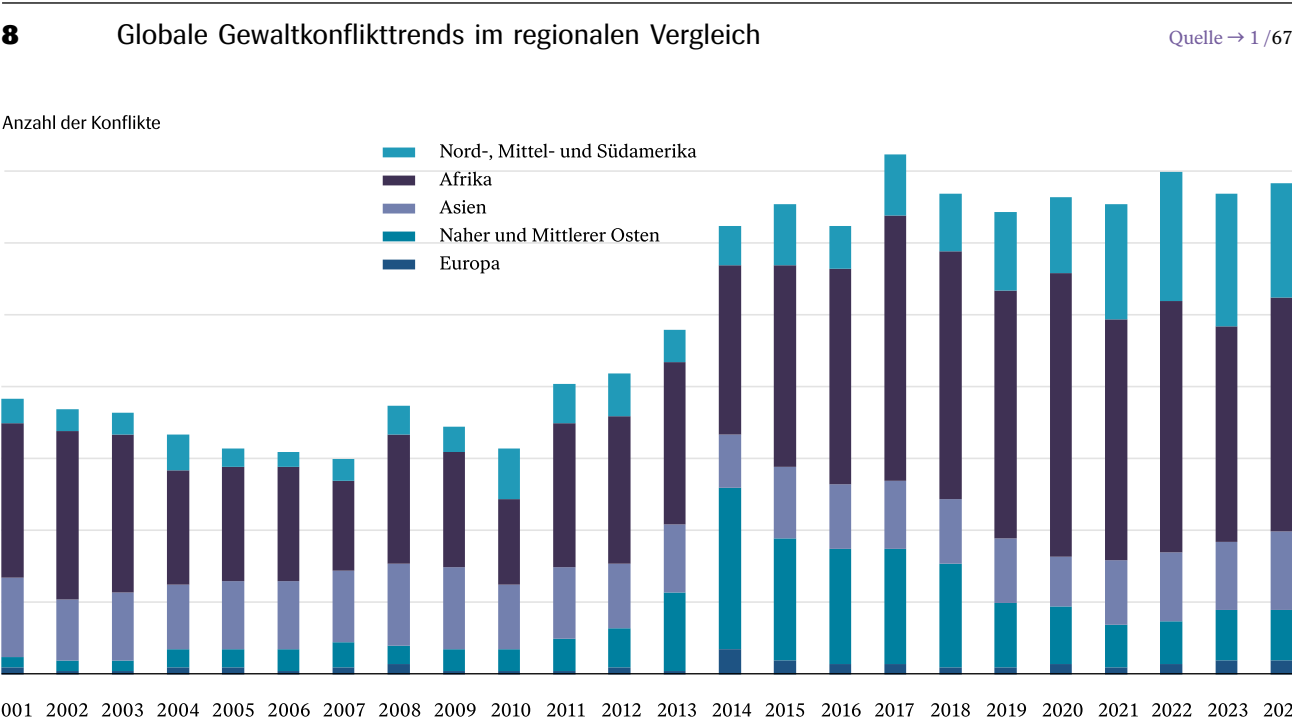
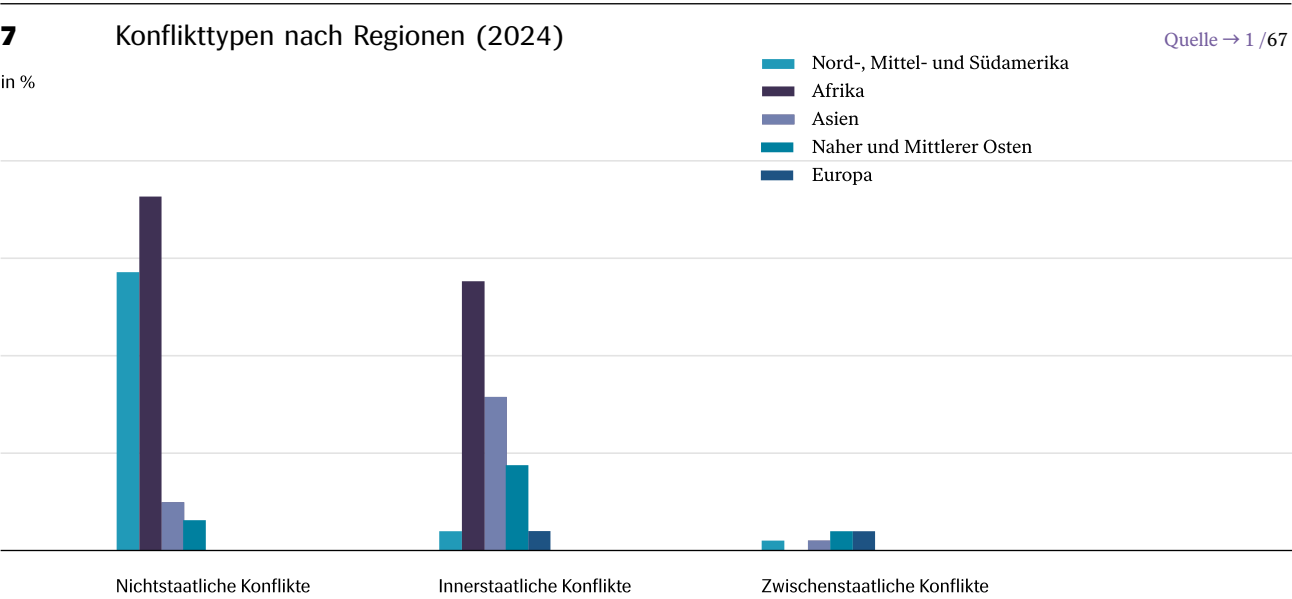
Bei den genannten Opferzahlen handelt es sich um konservative Näherungswerte. Es besteht eine hohe Dunkelziffer, da nur Opfer erfasst werden, die mindestens zwei voneinander unabhängige Quellen bestätigen. Je nach gewählter Methodik und in Abhängigkeit von der zu Grunde gelegten Konfliktdefinition finden zudem Opferzahlen unterhalb eines Schwellwertes (im Falle der UCDP Daten 25 durch Kampfhandlungen Getötete) keinen Eingang in die Berechnungen. Die Opferzahlen von Kampfhandlungen allein beschreiben zudem nicht

das tatsächliche Ausmaß der Gewaltintensität und indirekte Folgen der Konflikte, wie etwa Hungersnöte und Krankheiten. Zahlen über das Ausmaß dieser Opfer sind jedoch nicht valide, zumal mit Blick auf Verwundete oft nur diejenigen erfasst werden, die eine medizinische Versorgung erhalten. Schließlich wirken sich Konflikte auch auf die langfristige Lebenserwartung betroffener Gesellschaften aus. Im Irak ist etwa ein Drittel des Anstiegs der Sterblichkeitsrate auf die Folgen des Krieges zurückzuführen.



Die vom UCDP erfassten Zahlen stellen konservative Mindestwerte dar. In schwer zugänglichen Konfliktgebieten, in denen unabhängige Verifikation kaum möglich ist, dürfte die Zahl der Getöteten höher liegen. Das ACLED (→ 2025) rechnet für den Zeitraum zwischen Dezember 2024 und November 2025 mit etwa 240.000 gewaltsam getöteten Menschen. Der Trend setzte sich 2025 weiter fort und verschärfte sich womöglich sogar → 5.

1 Parallel zu den Todesopfern erreichte auch die Zahl der gewaltsam vertriebenen Menschen neue Rekordstände → 6. Nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) befanden sich Ende April 2025 weltweit 123,2 Mio. Menschen auf



der Flucht. Darunter waren 72,1 Mio. Binnenvertriebene (→ UNHCR 2025a) – also Menschen, die innerhalb ihres eigenen Landes auf der Flucht sind. Die Mehrheit der Geflüchteten verließ demnach nicht ihr Herkunftsland. Von den Geflüchteten, die ihre Landesgrenzen überschritten, verblieben 73 % in Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen, 67 % fanden Schutz in Nachbarstaaten (→ UNHCR 2025a). Wohlhabende Staaten mit hohem Einkommen nehmen nur einen geringen Anteil der weltweit vertriebenen Menschen auf. Neuere Daten von UNHCR deuten darauf hin, dass sich die Anzahl der Geflüchteten im Laufe des Jahres 2025 auf hohem Niveau stabilisierte, allerdings gegen Mitte des Jahres mit rund 122 Mio leicht rückläufig war (→ UNHCR 2025b).

GLOBALE KONFLIKTTRENDS

2024 registrierte das UCDP vier gewaltsame zwischenstaatliche Konflikte – das ist der höchste Wert seit den 1980er Jahren. Neben dem Krieg zwischen Russland und der Ukraine gehörten hierzu bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Iran und Israel, zwischen den Vereinigten Staaten sowie dem Vereinigten Königreich gegen die Huthi im Jemen und zwischen Pakistan und Afghanistan. 2025 kam es zudem zu einer militärischen Eskalation des pakistanisch-indischen Grenzkonflikts über die Kaschmir-Region sowie zu einem Grenzkonflikt zwischen Thailand und Kambodscha. Zwar bleibt die absolute Zahl bewaffneter Konflikte zwischen Staaten gering, möglicherweise deutet die jüngste Entwicklung jedoch bereits darauf hin, dass normative Hemmnisse für die Anwendung zwischenstaatlicher Gewalt zu erodieren beginnen → **6**.

2024 gab es vier
zwischenstaatliche
Gewaltkonflikte

Bei 57 der vom UCDP dokumentierten Gewaltkonflikte handelt es sich um bewaffnete innerstaatliche Auseinandersetzungen – mit oder ohne internationale Beteiligung → **6**. Ein strukturelles Merkmal des gegenwärtigen Konfliktgeschehens ist die Konzentration mehrerer Konflikte in denselben Ländern. 2024 fanden 61 Konflikte mit staatlicher Beteiligung in lediglich 36 betroffenen Staaten statt (→ Rustad 2025). Mehr als die Hälfte dieser Länder war von mehreren Konflikten betroffen. Neun Staaten verzeichneten drei oder mehr gleichzeitig ausgetragene bewaffnete Auseinandersetzungen.

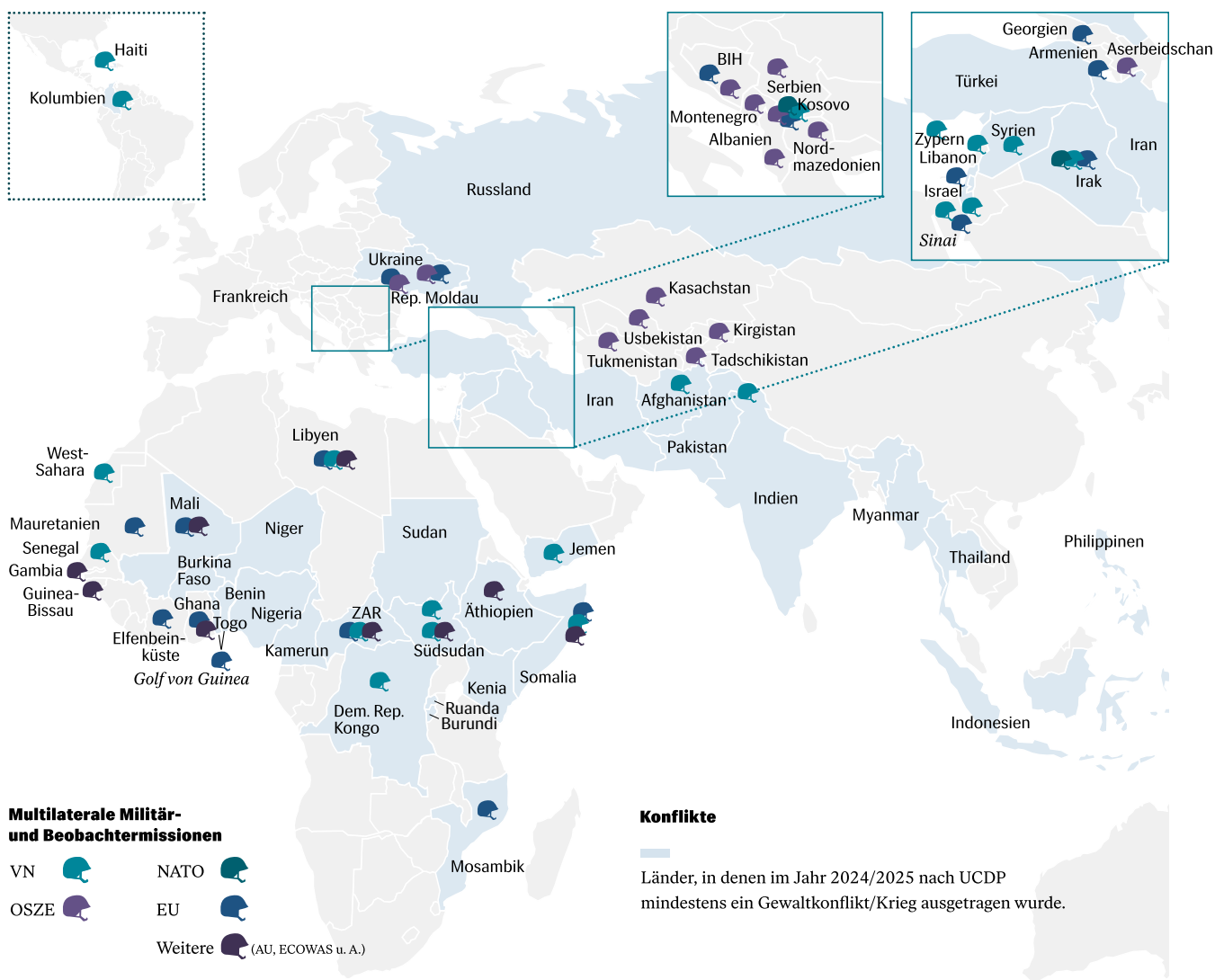
9 Daten zu Gewaltkonflikten

Das Friedensgutachten stützt sich bei den Angaben zur Anzahl von Konflikten und Todesopfern auf Definitionen und Daten des Uppsala Conflict Data Program (UCDP). Wir halten UCDP für die verlässlichste Quelle in diesem Bereich. Die vorliegenden Datensätze dokumentieren Kriege, Konflikte, Konfliktakteure und Kriegsgeschehnisse der vergangenen Jahrzehnte bis einschließlich 2024. Daten für das Jahr 2025 veröffentlicht UCDP erst im Sommer 2026. Die Daten enthalten Informationen über Kriege (gemäß UCDP: Beteiligung mindestens eines Staates am Konflikt und jährlich mehr als 1.000 durch Kampfhandlungen Getötete) und Gewaltkonflikte (gemäß UCDP:

im Jahresverlauf mehr als 25 durch Kampfhandlungen Getötete). Es ist auch zu beachten, dass UCDP die Daten zu weltweiten Konfliktopfern rückwirkend korrigiert. Die Daten, die wir im Friedensgutachten 2026 verwenden, entsprechen damit nicht unbedingt den Daten, die wir im letzten Friedensgutachten angegeben haben. Für aktuellere Angaben zum Jahr 2025 nutzen wir das Armed Conflict Location & Event Dataset (ACLED). ACLED erfasst umfangreiche Informationen zu Daten, Akteuren, Schauplätzen, Todesopfern und Kategorien sämtlicher dokumentierter politischer Gewaltakte und Protestveranstaltungen in rund 250 Ländern und Territorien.

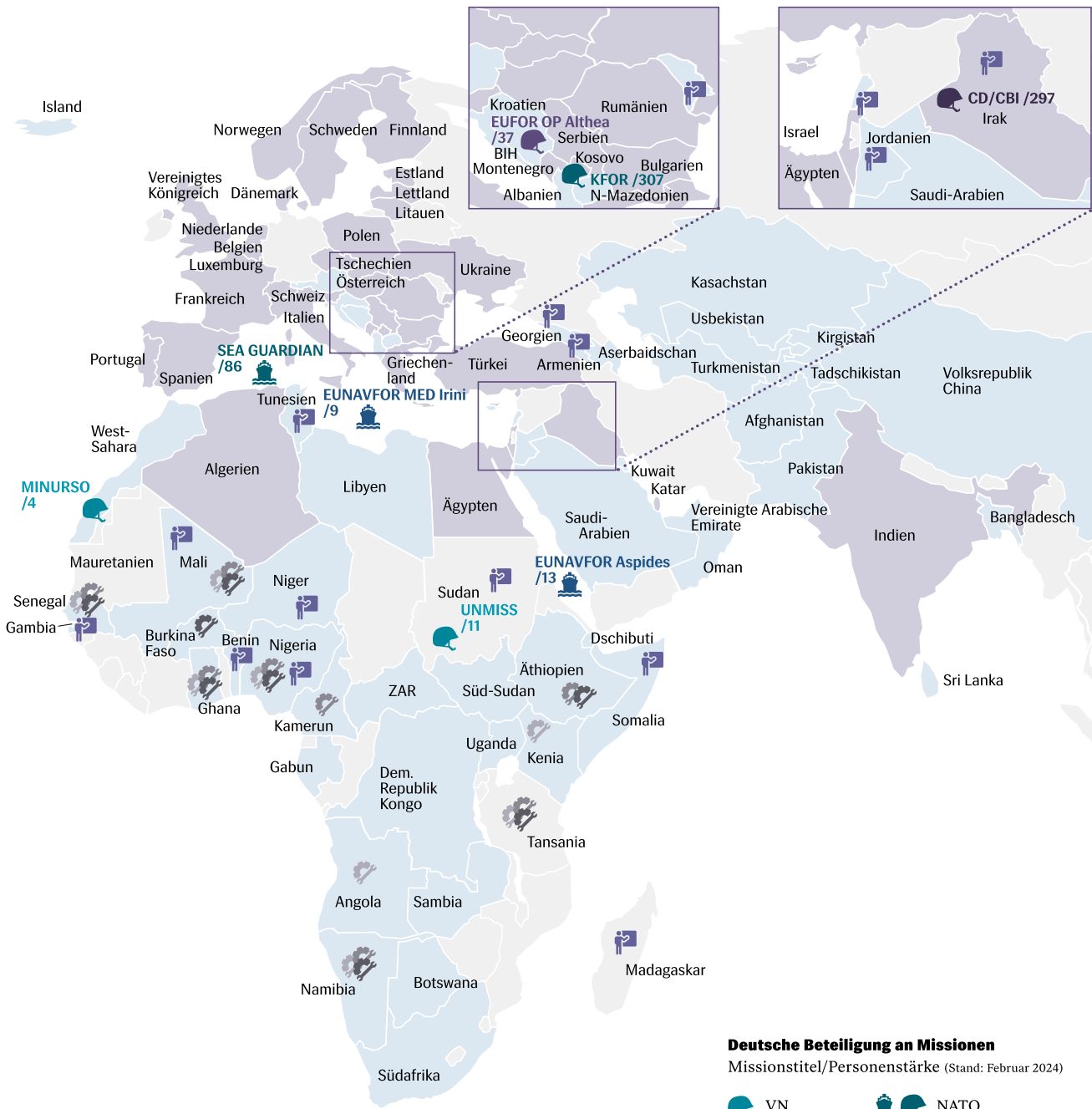
2024 konzentrierte sich das Konfliktgeschehen weiterhin stark auf Subsahara-Afrika → 7 | 8. 28 innerstaatliche Gewaltkonflikte entfallen auf diese Region, also etwa die Hälfte aller weltweiten Auseinandersetzungen dieses Typs. Besonders ausgeprägt ist die Gewalt im Sahel und in der Region des Tschadsees, wo militärische Konflikte mit dschiha-distischen Milizen in Nigeria und Burkina Faso 2024 die Schwelle von mindestens 1.000 getöteten Menschen überschritten. Weitere Kriege fanden im Sudan, in Somalia und in der Demokratischen Republik Kongo statt. In Asien gelten der andauernde Bürgerkrieg in Myanmar sowie diverse bewaffnete Aufstände in Pakistan als die schwersten Gewaltkonflikte. Vor allem im Nahen Osten bleibt die Konfliktdichte hoch. Das UCDP klassifiziert dort für 2024 die israelischen Angriffe gegen die Hamas in Gaza und gegen die Hisbollah-Miliz im Südlibanon sowie die anhaltenden gewaltsamen Auseinandersetzungen in Syrien als Kriege. Im April sowie Oktober 2024 kam es zu hunderten Luftangriffen zwischen dem Iran einerseits und Israel und den USA andererseits.

10 Gewaltkonflikte und multilaterale Militär- und Beobachtungsmissionen (2024/2025) Quelle → 1 / 67



11 Militärischer Fußabdruck Deutschlands (2019–2025)

Quelle → 1 / 67



Deutsche Beteiligung an Missionen
Missionstitel/Personenstärke (Stand: Februar 2024)

VN
UNIFIL /208

NATO
KFOR /307

EU
EUNAVFOR /13

Sonstige
CD/CBI /297

Partnerland Ertüchtigungsinitiative

2024

Partnerland Ausstattungshilfeprogramm

2013–2016

2017–2020

2021–2024

— Genehmigte Rüstungsexporte 2024*

— Genehmigte Rüstungs- und Kriegswaffenexporte 2024*

* Inklusive Lieferungen für VN-Missionen

Zugunsten der besseren Lesbarkeit sind einige Ländernamen nicht dargestellt.
Die dargestellten Grenzen und Namen entsprechen nicht der offiziellen Auffassung des bicc.

Am 27. Februar 2026 begannen die USA und Israel völkerrechtswidrig den Iran zu bombardieren. Diesem Angriff fiel die iranische Führungsspitze (unter anderem der Revolutionsführer Ali Khamenei) zum Opfer. Der Iran reagierte mit Raketenangriffen – nicht nur gegen Israel, sondern auch gegen Ziele im gesamten Nahen Osten, darunter Saudi-Arabien, VAE, Katar, Kuwait. Vom Iran unterstützte schiitische Stellvertreterkräfte stiegen in den Konflikt ein. Auf die Raketenangriffe der Hisbollah reagierte Israel mit Luftangriffen sowie mit der Entsendung von Bodentruppen zur Einrichtung einer Pufferzone im Südlibanon.

Neben Konflikten mit staatlicher Beteiligung erfasst das UCDP auch bewaffnete Auseinandersetzungen, zwischen nichtstaatlichen Akteuren – etwa zwischen kriminellen Banden oder rivalisierenden Milizen → **6**. Mit 74 Fällen im Jahr 2024 überstieg die Zahl dieser Konflikte sogar die Anzahl der Auseinandersetzungen, an denen Staaten teilnahmen. Gleichwohl ging die Anzahl gegenüber 2023 (75) und 2022 (80) leicht zurück, ebenso die Zahl der Todesopfer von rund 21.000 im Jahr 2023 auf 18.000 ein Jahr später. Nichtstaatliche Gewaltkonflikte sind besonders in Subsahara-Afrika und Lateinamerika verbreitet. Bewaffnete Gruppen kontrollieren dort Territorien und Wirtschaftsstrukturen. Die Gewalteskalation in Mexiko nach dem Tod des Kartellchefs „El Mencho“ am 22. Februar 2026 verdeutlicht, wie kriminelle Akteure zur Destabilisierung beitragen. Seit September 2025 bekämpfen die USA den Drogenhandel im östlichen Pazifik und in der Karibik militärisch mit Luftangriffen auf zivile Schiffe.

Nichtstaatliche
Gewaltkonflikte
dominieren in
Subsahara-Afrika
und Lateinamerika

12 Friedensmissionen und deutsche Beteiligung

Multilateraler Friedensmissionen, die vor allem die Vereinten Nationen (VN), der Nordatlantikpakt (NATO), die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die Europäische Union (EU) oder die Afrikanische Union (AU) mandatierten, sind 2025 mit 73 Missionen gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig → **10**. Im Jahr 2025 unterhalten die VN wie im Vorjahr elf Friedenssicherungsmissionen. Das Engagement Deutschlands blieb mit einer Beteiligung an neun Missionen im

Jahr 2025 auf dem Niveau des Vorjahres → **11** | **13**. Der Fokus deutscher Auslandseinsätze liegt unverändert auf der MENA-Region (Mittlerer Osten und Nordafrika) und auf Subsahara-Afrika → **11** | **13**. Der personelle Umfang der Beteiligung an den Missionen sank erneut: Waren es 2025 (Stand: Februar 2025) 1.158 Personen, beteiligt sich Deutschland 2026 (Stand: Februar 2026) nur noch mit 971 Personen an den Missionen und bleibt damit deutlich unterhalb der Mandatsobergrenze von 2.854 Personen.

13 Aktuelle Einsätze der Bundeswehr (März 2026)

Quelle → 1 / 67

Einsatz	Kürzel	Einsatzgebiet	Stärke	Obergrenze
Counter Daesh/Capacity Building Iraq	CD/CBI	Irak (Jordanien)	297	500
EU Force Operation Althea	EUFOR OP Althea	Bosnien und Herzegowina	36	50
EU Naval Force Mediterranean Irini	EUNAVFOR MED Irini	Mittelmeer	9	300
EU Naval Force Aspides	EUNAVFOR Aspides	Rotes Meer	13	700
Kosovo Force	KFOR	Kosovo	307	400
NATO-Mission	Sea Guardian	Mittelmeer	86	550
UN Interim Force in Lebanon	UNIFIL	Libanon (Zypern)	208	300
UN Mission for the Referendum in Western Sahara	MINURSO	Westsahara	4	4
UN Mission in South Sudan	UNMISS	Südsudan	11	50

1.2 ✓ Die Golfstaaten zwischen Krieg und Frieden

Wie dieser kursorische Überblick über das weltweite Konfliktgeschehen zeigt, verschieben sich gegenwärtig zentrale Parameter der Konfliktaustragung. Westliche Staaten vermeiden bei ihren jüngsten Interventionen den Einsatz von eigenen Bodentruppen und wenden sich von nation building ab. In Venezuela verfolgt die US-Regierung die Strategie, nicht das politische System komplett zu stürzen (regime change), sondern die Ausrichtung des bestehenden Regimes zu ändern (regime alteration). Mit Blick auf den Iran gab es zu Beginn der US-amerikanischen und israelischen Angriffe widerstreitende Positionen, ob und wie ein regime change zu erreichen sei. In vielen Konflikten gewinnen infolge dieser militärstrategischen Entwicklung miteinander konkurrierende Mittelmächte an Bedeutung. Diese nutzen ihren wachsenden Handlungsspielraum proaktiv für eigene strategische Ziele. So prägt eine Vielzahl externer Akteure gegenwärtige Kriege, die in wechselnden Konstellationen militärisch, diplomatisch und finanziell Einfluss auf deren Verlauf nehmen. Zwei Dimensionen sind dabei hervorzuheben:

Erstens entstehen durch diese Interventionen komplexe geopolitische Gefüge, in denen zwischenstaatliche Rivalitäten – etwa zwischen Indien und Pakistan, Iran und Saudi-Arabien oder Ägypten und Äthiopien – in innerstaatliche Konflikte hineingetragen werden. Externe Mächte unterstützen dabei – nicht immer konsistent – verfeindete Akteure in unterschiedlichen Konfliktkontexten. Zweitens sind solche Interventionen häufig von strategischer Ambiguität geprägt: Die Grenzen zwischen militärischer Unterstützung, Konfliktmediation und Friedensförderung verschwimmen.

Auf der Arabischen Halbinsel lässt sich wie unter einem Brennglas der Einfluss von Mittelmächten auf regionale Konfliktstrukturen beobachten: Saudi-Arabien, die VAE und Katar sind zeitgleich – vom westlichen Sahel bis Afghanistan – in eine Vielzahl von Konflikten involviert, verfolgen dabei unterschiedliche Strategien und stehen in anhaltender Konkurrenz zueinander. Für die Bundesregierung ist es wichtig, diese komplexe Gemengelage zu verstehen – gerade, da diese drei Länder bevorzugte Energie- und Wirtschaftspartner darstellen, wie die Reise von Bundeskanzler Friedrich Merz im Februar 2026 an den Golf verdeutlichte.

An den Golfstaaten lässt sich beobachten, wie Mittelmächte Konfliktstrukturen beeinflussen

AUSSENPOLITIK DER GOLFSTAATEN IM WANDEL

Seit dem Arabischen Frühling verfolgen die Golfmonarchien – darunter Saudi-Arabien, die VAE und Katar – eigene Sicherheitspolitiken. Der Sturz von Hosni Mubarak in Ägypten und Muammar al-Gaddafi in Libyen hinterließ ein Führungsvakuum in der arabischen Welt. Zugleich führten die Bürgerkriege in Syrien, im Jemen und im Irak sowie die Fragmentierung staatlicher Strukturen im Libanon zum (zeitweisen) Aufstieg islamistischer Milizen (→ Lynch 2016). Parallel dazu weitete der Iran seinen Einfluss in Konfliktarenen im Nahen Osten aus, was in Saudi-Arabien und den VAE die Wahrnehmung strategischer Einkreisung und Verwundbarkeit verstärkte.

Beide Entwicklungen nahmen die Golfstaaten als Bedrohung wahr, was das „Streben nach strategischer Autonomie“ (→ Samaan 2023) auslöste. Anstatt ausschließlich auf externe Sicherheitsgarantien zu setzen, begannen alle drei Staaten in unterschiedlicher Weise damit, ihre finanzielle Stärke gezielt einzusetzen, um die Politik im Nahen Osten und am Horn von Afrika aktiv zu gestalten.^{→1} Zugleich wuchs die Bereitschaft, neben Diplomatie, wirtschaftlicher Einflussnahme und Desinformationskampagnen militärische Gewalt einzusetzen (→ Roberts 2023). Ein Generationenwechsel an der Spitze der politischen Führung – in den VAE durch Mohammed bin Zayed (MbZ), in Saudi-Arabien durch Mohammed bin Salman (MbS) und in Katar durch Tamim bin Hamad Al Thani – verstärkte diese Dynamik.

Die Folge waren erhebliche Spannungen innerhalb des Golfkooperationsrats (GCC),^{→2} die entlang mehrerer sich überlagernder Konfliktlinien verliefen. Diese legten die begrenzten institutionellen Mechanismen zur Beilegung regionaler Konflikte offen. Eine zentrale Konfliktlinie im GCC war die Politisierung religiöser und konfessioneller Unterschiede. Der Machtkampf um regionale Vorherrschaft zwischen Saudi-Arabien und den VAE einerseits sowie dem Iran andererseits trug zu einer Konfessionalisierung regionaler Politik bei. Die historisch gewachsene Spaltung zwischen Sunnit:innen und Schiit:innen entwickelte sich zu einem politischen Ordnungselement im Nahen Osten. Katar hingegen pflegte vergleichsweise kooperative Beziehungen zu Teheran – nicht zuletzt, um sich den Ruf eines glaubwürdigen und neutralen Vermittlers zu erhalten (→ Roberts 2017).

In der Golfregion
überlagern
sich verschiedene
Konfliktlinien

Die Spannung zwischen den Konfessionen überlagerte eine zweite Konfliktlinie. Insbesondere die VAE betrachten die Muslimbruderschaft als existenzielle Bedrohung für ihre Monarchie. Sie verfolgen eine regional ausgerichtete Strategie, um den Einfluss der Muslimbrüder einzudämmen, indem sie Allianzen mit autoritären Regimen und paramilitärischen Akteuren eingehen (etwa in Ägypten, Libyen und Sudan), die islamistische Bewegungen ablehnen (→ Steinberg 2020). Saudi-Arabien teilt diese Position weitgehend, während Katar gute Beziehungen zur Muslimbruderschaft und anderen islamistischen Akteuren unterhält. Gemein haben alle drei Staaten das Interesse, demokratische Tendenzen im Nahen Osten zu unterdrücken, um die eigene Machtlegitimation nicht in Frage zu stellen.

Die außenpolitischen Strategien der drei Monarchien stellen sich wie folgt dar: Die Außenpolitik Saudi-Arabiens prägt gegenwärtig ein selektiver Deeskalationsansatz, verbunden mit einer Diversifizierung internationaler Partnerschaften. Riad positioniert sich als neutraler Vermittler, während das Königreich zugleich, wie etwa im Jemen, militärisch aktiv bleibt. In den vergangenen Monaten brachte sich Riad als Vermittler in Konflikten wie im Sudan, in Gaza, zwischen Pakistan und Indien sowie im Krieg in der Ukraine ein. Gegenüber Russland und China nimmt Saudi-Arabien eine neutralere Haltung ein. Diese Rolle unterstreicht das Königreich durch umfangreiche humanitäre Hilfsleistungen in Konfliktländer (unter anderem Ukraine, Sudan, Jemen) → **16**.

Im Unterschied dazu verfolgen die Vereinigten Arabischen Emirate einen interventio-
nistischen Kurs in verschiedenen Konflikten und nehmen politischen Einfluss auch jen-
seits ihres unmittelbaren regionalen Umfelds (unter anderem in der Zentralafrikanischen
Republik, Marokko, Burkina Faso, Tschad und Mauretanien). Die Eindämmung islamis-
tischer Kräfte, die Sorge um regionale Instabilität sowie wirtschaftliche Interessen prägen
das militärische Engagement sowie (offiziell bestrittene) Partnerschaften mit nicht-
staatlichen Gewaltakteuren. Die VAE setzen auf die Unterstützung lokaler Stellvertreter,
wenngleich auch Konfliktmediation zu einem wichtigen Bestandteil emiratischer Außen-
politik gehört. Die Vermittlung mehrerer Gefangenenaustausche zwischen Russland
und der Ukraine nutzten die VAE, um sich international als Mediator zu profilieren.

Die Außenpolitik Katars unterscheidet sich deutlich von jener Saudi-Arabiens und der
VAE. Sie spiegelt seine geringere wirtschaftliche Stärke als auch seine spezifischen
sicherheitspolitischen Herausforderungen wider. Dohas Strategie besteht darin, Kom-
munikationskanäle zwischen verfeindeten Akteuren bereitzustellen – etwa durch das
Doha Forum – und sich damit strategisch unentbehrlich zu machen. Katars Dienste
nahmen etwa Iran, die USA, die Taliban, die Hamas und Israel in Anspruch → **14**. Katar
tritt zudem in der Regel im Verbund mit der Türkei auf.

14 Friedensvermittlungen der Golfstaaten

Quelle → 1 / 67

Katar	Saudi-Arabien	VAE
USA/Taliban 2014, 2020	Palästina 2007	Jemen seit 2015
Jemen 2004, 2008, 2009, 2010	Jemen 2011, 2019	Äthiopien/Eritrea 2018
Sudan 2008, 2009, 2010, 2011, 2017	Sudan 2023	Russland/Ukraine 2022, 2024
Sudan/Chad 2009	Äthiopien/Eritrea 2018	Russland/USA 2022
Dschibuti/Eritrea 2011	Libanon 2007, 2017–2022	Gaza 2023–2025
Syrien 2014, 2018	Ukraine/Russland 2022–2024	Pakistan/Indien 2022
Kenia/Somalia 2021	Syrien 2023	Libyen 2020
Libyen 2007, 2015, 2022	Somalia 2024	
Ukraine/Russland 2023		
Palästina seit 2008 andauernd		
Somalia 2021, 2023, 2024		
DRC/M23/Ruanda 2025		

GLOBALE SCHAUPLÄTZE VON KONFLIKT UND MACHTKONKURRENZ

Das Binnenverhältnis zwischen diesen drei Staaten hat sich in rasanter Geschwindigkeit verändert: Bis vor kurzem bildeten Saudi-Arabien und die VAE ein Bündnis gegen Katar, gegen das sie von 2017 bis 2021 gemeinsam mit Bahrain und Ägypten eine Land- und Seeblockade errichteten.^{→3} Demgegenüber stellt sich gegenwärtig in den meisten Konflikten ein deutlicher Gegensatz zwischen den VAE und Saudi-Arabien heraus. Letzteres näherte sich seither partiell der Position Katars und anderer Staaten (unter anderem der Türkei) an. So dominiert keine feste Lagerbildung, sondern es entstehen fluide, konfliktbezogene Koalitionen, deren Zusammensetzung je nach regionalem Schauplatz und Interessenlage variiert.

Machtpolitische Einflussnahme, die Konkurrenz zwischen den drei Monarchien sowie übergeordnete Allianzen mit anderen Mittelmächten → **16 | 17 | 18** leiten die Außenpolitik der drei Golfmonarchien. Dies führt dazu, dass sie rivalisierende Kriegsparteien auf verschiedenen Kriegsschauplätzen unterstützen. Frieden zu schaffen, erscheint hierbei eher als ein zufälliges Nebenprodukt denn als eigenständiges Ziel (→ Dworkin, Loss und Puglierin 2026).

Die Golfstaaten unterstützen rivalisierende Kriegsparteien in verschiedenen Konflikten

NAHER OSTEN UND NORDAFRIKA

Die NATO-Intervention in Libyen 2011 hinterließ ein Land in den Händen zahlreicher bewaffneter Gruppen. Unterstützt von den VAE, Russland und Ägypten entwickelte sich General Khalifa Haftar zum Führer säkularer Kräfte, bestehend aus ehemaligen Gaddafi-Soldaten, anti-islamistischen Milizen und lokalen Stämmen. Diese bekämpfen die Übergangsregierung in Tripolis, die unter anderem von Katar und der Türkei unterstützt wird. Libyen zerfiel dadurch faktisch in zwei Einflusszonen – den Westen, der von der international anerkannten Regierung und diversen Milizen kontrolliert wird, und den von Haftar kontrollierten Osten. Letzterer dient als strategische Basis für militärische Aktivitäten der VAE und Russlands in Afrika (unter anderem Zentralafrikanische Republik, Mali). Die VAE trugen damit nicht nur zur Destabilisierung Libyens bei, sondern schufen einen Brückenkopf, über den Konflikte in der Sahelregion angeheizt und autoritäre Regime unterstützt werden. Dies geschieht vor allem durch emiratisch finanzierte Transfers russischer Waffen und Söldner.

Die VAE haben in Libyen einen Brückenkopf geschaffen, über den Konflikte in der Sahelregion angeheizt werden

In Gaza → **F** verfolgt Katar einen diplomatischen Balanceakt. Über Jahre fungierte es als zentraler Kommunikationskanal zwischen der Hamas einerseits und westlichen Staaten und Israel andererseits. Trotz seiner Neutralität beherbergt Katar die politische Führung der Hamas und finanzierte über lange Zeit parastaatliche Strukturen in Gaza. Dennoch akzeptiert Israel Katar als Vermittler, weshalb sich nach dem 7. Oktober 2023 Vertreter von Hamas und Israel wiederholt in Doha trafen. Die VAE hingegen verfolgen eine entgegengesetzte Politik. Seit dem Abraham-Abkommen von 2020, die weder Katar noch Saudi-Arabien unterzeichneten, unterhalten die Emirate diplomatische Beziehungen

zu Israel – auch während des Gaza-Krieges – und nutzten diese Kontakte zur Lieferung humanitärer Hilfe nach Gaza. Saudi-Arabien wiederum positionierte sich als regionaler Fürsprecher einer pro-palästinensischen Agenda und knüpfte die Perspektive einer Normalisierung der Beziehungen zu Israel an politische Zugeständnisse mit dem Ziel einer Zweistaatenlösung. Eine Annäherung zwischen den Golfstaaten zeigte sich in der Erklärung der Arabischen Liga vom 29. Juli 2025, die alle drei Länder unterstützten. Sie forderte die Entwaffnung der Hamas und das Ende ihrer Herrschaft in Gaza. Katar knüpfte seine Unterstützung für die Hamas stärker an Bedingungen und rückte trotz langjähriger Rivalitäten näher an die Position Saudi-Arabiens und der VAE heran.

Ein ähnliches Spannungsverhältnis zwischen Intervention und Stabilisierung zeigt sich in [Syrien](#), das für geopolitische Verschiebungen im Nahen Osten von zentraler Bedeutung ist → **F**. Während des Kriegs (2011–2025) unterstützten insbesondere Saudi-Arabien und Katar sowohl verschiedene säkulare als auch islamistische und salafistische Kräfte, darunter Jabhat al-Nusra (den Vorläufer der Hay'at Tahrir al-Sham - HTS), mit (europäischen) Waffen und Geld. Dabei war Dohas Unterstützungsprofil deutlich stärker auf islamistische Fraktionen ausgerichtet. Die VAE unterstützten vereinzelt politisch gemäßigte Kräfte gegen Assad, überwiegend mit Finanz- und Waffenhilfe. Für alle drei Länder war das vorrangige Ziel, Assad zu stürzen, eigenen Stellvertretern zur Macht zu verhelfen und den Einfluss des Irans zurückzudrängen. Nach den zwischenzeitlichen militärischen Erfolgen des Assad-Regimes – nicht zuletzt infolge der Intervention Russlands – setzten Saudi-Arabien und die VAE auf regionale Stabilität und nicht mehr auf Regimewechsel.^{→4} Katar lehnte als einziger arabischer Staat eine Normalisierung der Beziehungen zu Syrien ab. Nach dem Sturz Assads durch die von der Türkei unterstützte HTS im Dezember 2024 reagierten Saudi-Arabien und die Emirate trotz Vorbehalten gegenüber den Dschihadisten pragmatisch. Um eine Rückkehr Irans nach Syrien zu verhindern und zugleich den wachsenden Einfluss der Türkei einzudämmen, beteiligten sie sich finanziell am Wiederaufbau und üben so politischen Einfluss auf die neuen Machthaber in Damaskus aus.

Die Politik der Golfstaaten schwankt zwischen Intervention und Stabilisierung

Gegenüber dem [Iran](#) ist Katar aufgrund des gemeinsam betriebenen Offshore-Gasfeldes North Dome/South Pars auf gute Beziehungen angewiesen. Auch Saudi-Arabien näherte sich – unter Vermittlung Chinas – 2023 an den Iran an, was wohl weniger als Aussöhnung denn als Form kalkulierten Risikomanagements bewertet werden muss. Die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen der VAE mit dem Iran ab 2022 geht auf ein ähnliches Kalkül zurück. So belasten territoriale Konflikte – insbesondere um die vom Iran besetzten Inseln Abu Musa und Tunb – die Beziehungen zwischen Iran und den VAE dauerhaft. Nach der Bombardierung iranischer Nuklearanlagen im Juni 2025 rieten alle drei Golfstaaten den USA (und auch Israel) von weiteren Angriffen auf den Iran ab. So sahen sie die regionale Sicherheit und ihren wirtschaftlichen Wohlstand (unter anderem Ölindustrie, Tourismus, Investitionen) vor allem durch eine drohende iranische Blockade der Straße von Hormus gefährdet.

Der Angriff der USA und Israels auf den Iran seit Februar 2026 wirkt sich nun direkt auf alle drei Golfstaaten aus. So hat der Iran nicht nur US-amerikanische Basen bombardiert, sondern auch kritische Energieinfrastruktur und zivile Ziele in allen drei Golfstaaten. Diese reagierten zurückhaltend, beschränkten sich auf die Verteidigung ihres Staatsgebiets und sahen (bislang) von Gegenschlägen auf Ziele im Iran ab. Trotz außenpolitischer Divergenzen scheint der Iran-Krieg zu einer gewissen Annäherung unter den GCC-Staaten zu führen. Inwiefern diese Konvergenz nachhaltig ist, bleibt abzuwarten.

Die Golfstaaten rieten den USA von weiteren Angriffen auf den Iran ab

1

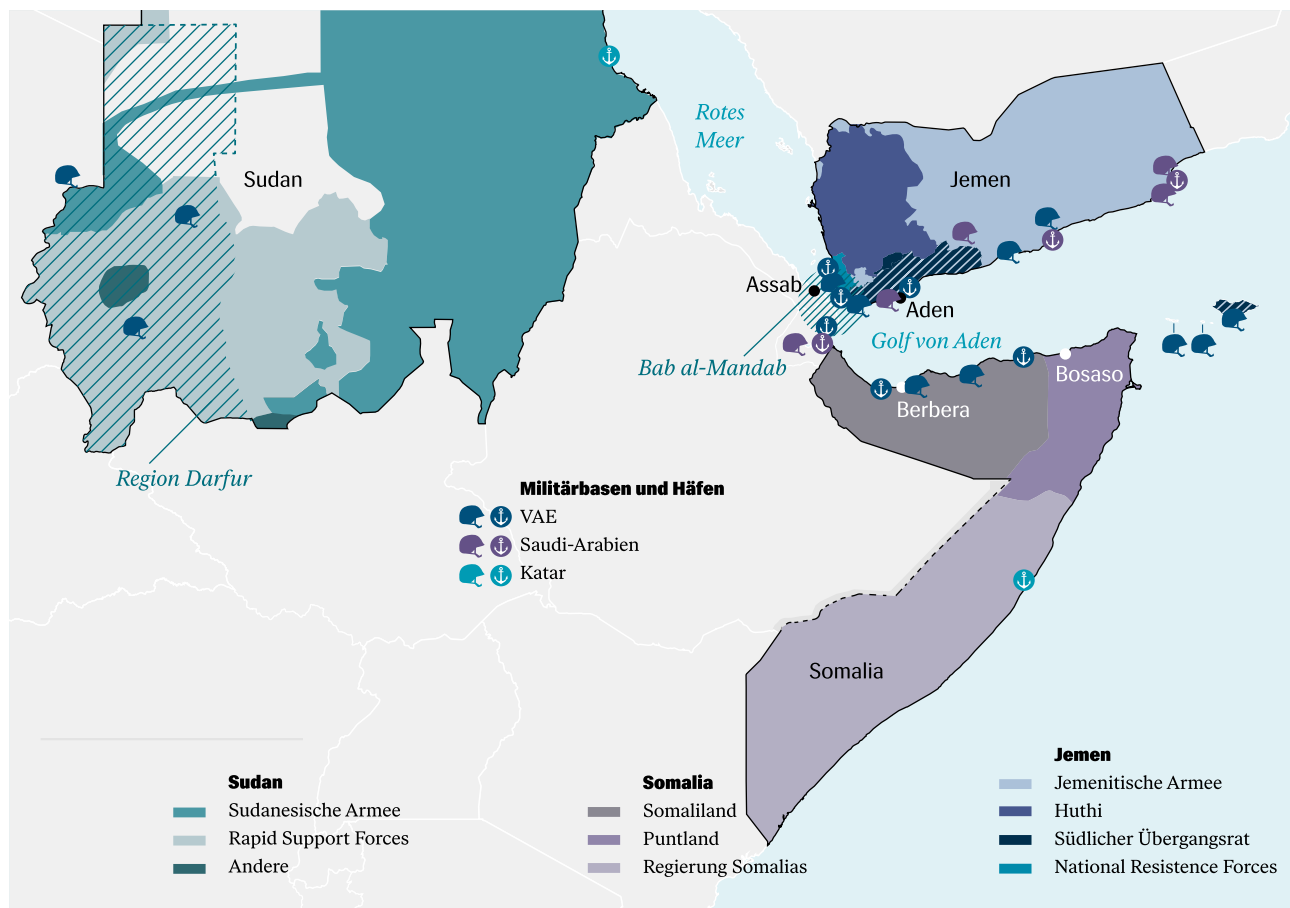
60

DER MARITIME KORRIDOR BAB AL-MANDAB UND DAS ROTE MEER

Bab al-Mandab ist eine strategisch bedeutsame Meerenge für den globalen Handel, die das Rote Meer mit dem Indischen Ozean verbindet → **15**. Mit dem Sudan, dem Jemen, Äthiopien und Somalia grenzen mehrere Länder mit anhaltenden Bürgerkriegen an einen der weltweit meistbefahrenen Schifffahrtswege. Seit 2024 hat die EU die Militärmission Aspides gegen Angriffe der Huthis in die Region entsandt, an der sich auch Deutschland beteiligt. Dieser maritime Korridor steht auch im Zentrum der geopolitischen und geoökonomischen Konkurrenz der drei Golfmonarchien, die in erheblichem Umfang in die benannten Konflikte involviert sind (→ International Crisis Group 2019).

15 Bab al-Mandab und Rotes Meer

Quelle → 1 / 67



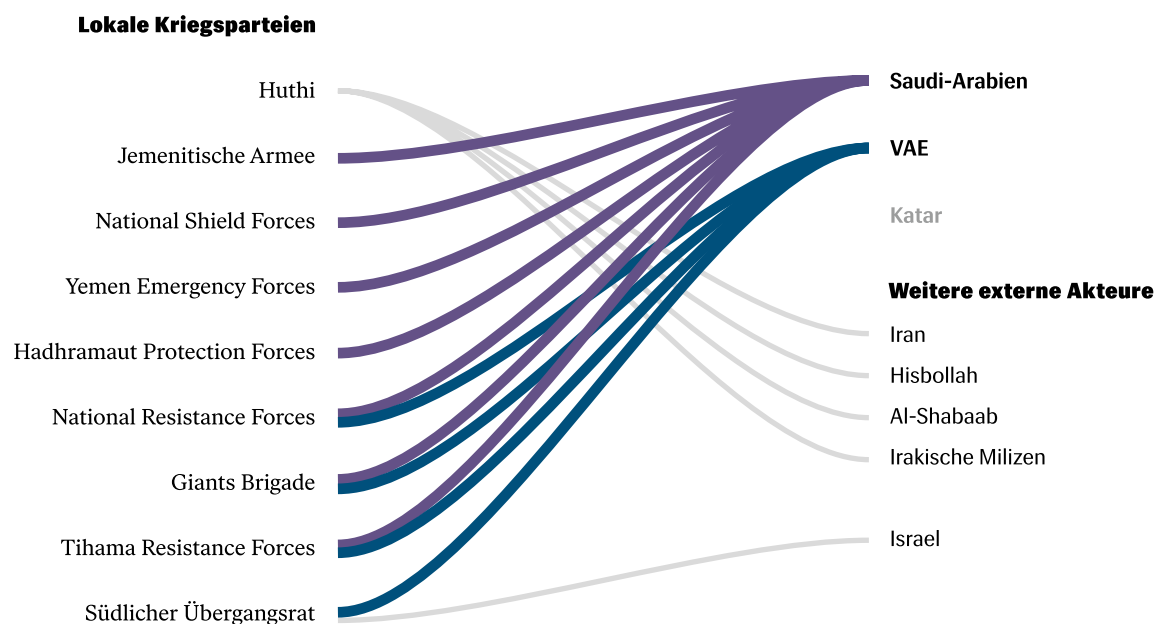
Im Jemen wird das Spannungsverhältnis zwischen den Golfstaaten besonders deutlich → **16**. Saudi-Arabien und die VAE bekämpfen seit 2015 militärisch die vom Iran unterstützten schiitischen Huthi. Durch Luftangriffe, eine Seeblockade, eigene Bodentruppen sowie die Unterstützung lokaler Milizen – auch mit europäischen Waffen – trugen sie zur Fragmentierung des Jemen bei und verschärften die humanitäre Notlage, die laut den VN zu den schlimmsten der Welt gehört. Zugleich ist Riad einer der größten humanitären Geber im Jemen (→ Mutschler und Bales 2024). Saudi-Arabien unterhält mehrere Militärstützpunkte im Jemen, die der Ausbildung und Koordination lokaler Milizen dienen. Seit 2022 verfolgt Riad gegenüber dem Jemen eine gewisse Deeskalationspolitik, indem es bilaterale Verhandlungen mit den Huthi führt.

Die VAE unterhalten ebenfalls Militärstützpunkte im Jemen. Dabei stützen sie sich auf Stellvertreterkräfte, darunter auch Kämpfer der sudanesischen Rapid Support Forces (RSF). Diese gehen seit 2018 auch gegen Milizen vor, die Saudi-Arabien unterstützt – darunter die National Security Forces sowie die mit der Muslimbruderschaft assoziierten al-Islah Kräfte. Während saudische Vermittlung interne Differenzen innerhalb des anti-Huthi-Bündnisses früher beilegen konnte (etwa im Rahmen des Riad-Abkommens von 2019), kommt es seit 2022 zu schweren Gefechten. Diese intensivierten sich im Dezember 2025, als der von den VAE unterstützte Südliche Übergangsrat (STC) seine Kontrolle in Richtung der ölreichen Regionen Hadramaut und Al-Mahra ausweitete. Damit überschritt er eine von Saudi-Arabien gezogene rote Linie. Riad reagierte mit Luftangriffen auf Positionen des STC sowie auf Marineschiffe der VAE. Die Emirate kündigten den Rückzug ihrer Truppen an, ohne aber die Verbindungen zu ihren lokalen Verbündeten einzustellen. Die aktuellen Spannungen zwischen Saudi-Arabien und den VAE offenbaren die geopolitische Konkurrenz um die zukünftige Nachkriegsordnung im Jemen.

Spannungen zwischen Saudi-Arabien und den VAE offenbaren geopolitische Konkurrenz im Jemen

16 Allianzen im Jemen

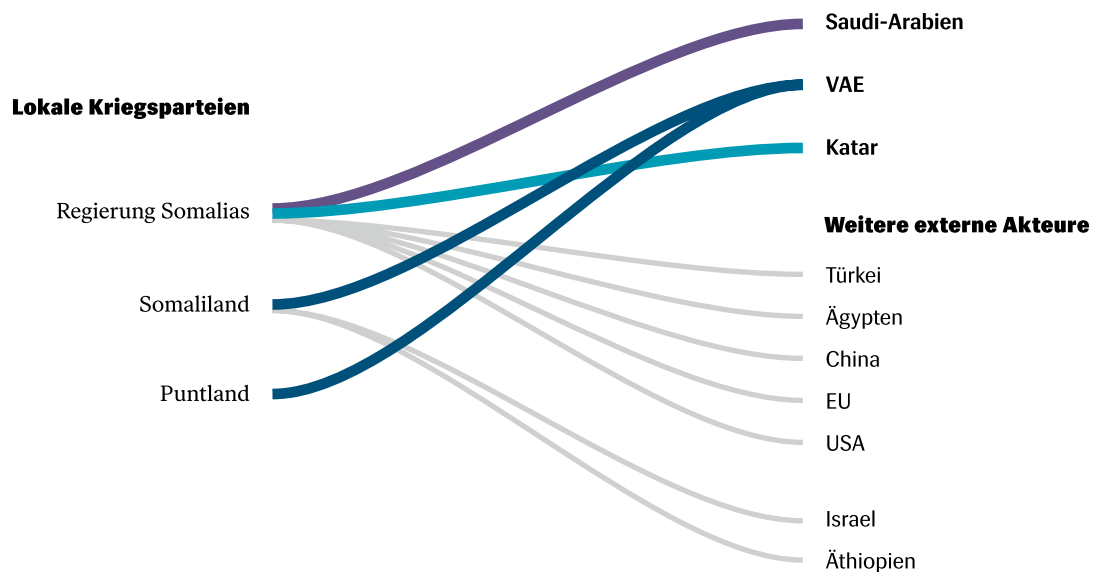
Quelle → 1 / 67



In **Somalia** kontrollieren die VAE zwei Häfen und zwei Militäranlagen (unter anderem Berbera in Somaliland), die strategische Bedeutung für Lieferungen von (auch in der EU produzierten) Waffen in den Jemen und den Sudan haben (→ France24 2025). Die Emirate finanzieren zudem die Ausbildung lokaler Sicherheitskräfte in Puntland zur Bekämpfung von Piraterie und Terrorismus. Somaliland und Puntland streben nach nationaler Unabhängigkeit und befinden sich im Konflikt mit Mogadischu. Die jüngste Anerkennung Somalilands durch Israel belastet die Beziehungen zwischen Mogadischu und den VAE, da Letztere Verbündete Israels sind → **17**. Mogadischu wirft den Emiraten vor, die staatliche Souveränität Somalias zu untergraben, und warnt vor einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Gleichzeitig intensiviert Somalia seine Partnerschaft mit Katar, welches auf die somalische Zentralregierung setzt, um darüber seine maritimen Handelsrouten am Horn von Afrika abzusichern. Katar bildet somalische Streitkräfte in Mogadischu aus. Darüber hinaus hegt die somalische Regierung – ähnlich wie Katar – Sympathie für die Muslimbruderschaft und kooperiert mit der Türkei, einem der engsten Partner Katars. Aufgrund der Spannungen zwischen den VAE und Mogadischu baute jüngst auch Saudi-Arabien seine Kooperation mit der Zentralregierung aus und pocht auf die territoriale Integrität Somalias.^{→ 5}

17 Allianzen in Somalia

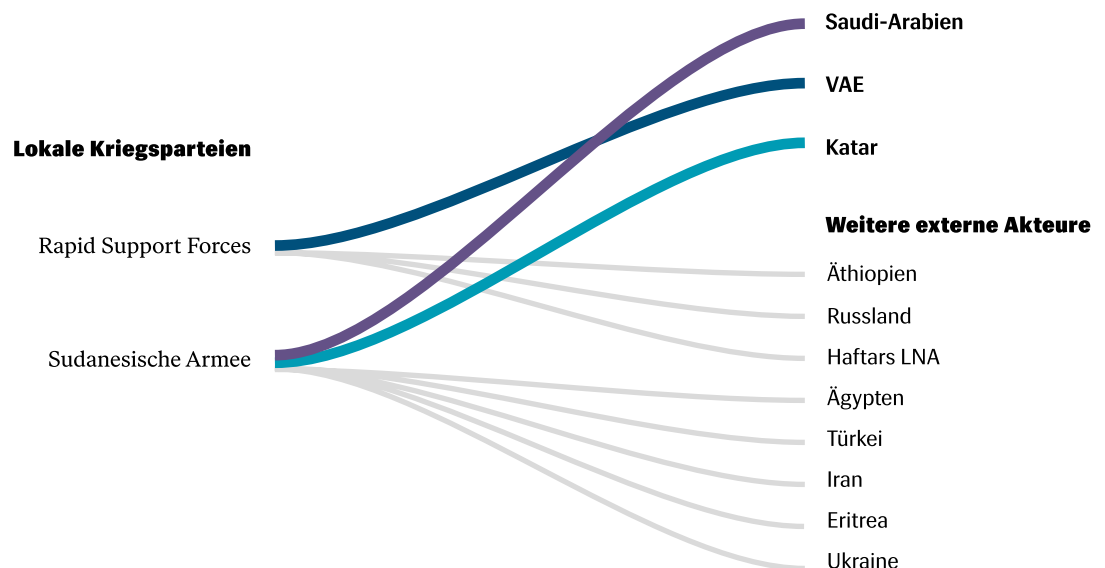
Quelle → 1 / 67



Auch im Sudan sind Saudi-Arabien, Katar und die VAE militärisch, finanziell und diplomatisch involviert. Der Sudan besitzt aufgrund seiner Lage am Roten Meer und seines Ressourcenreichtums (Gold, Erdöl und landwirtschaftliche Flächen) strategische Bedeutung. Saudi-Arabien unterstützt die Sudanese Armed Forces (SAF) der sudanesischen Regierung.^{→ 6} In klarer Konkurrenz leisten die VAE, die über drei Militärstützpunkte im Sudan verfügen, unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe militärische und finanzielle Unterstützung für die Rapid Support Forces (RSF) → **18**. Diese sind für Hungersnöte und schwere Gewaltexzesse gegen die Zivilbevölkerung in Darfur verantwortlich, was sich negativ auf das internationale Ansehen der Emirate auswirkte. Katar spielt im Sudan eine nachgeordnete Rolle und unterstützt die islamistischen Kräfte innerhalb der sudanesischen Regierung. Neben humanitärer Hilfe leistet Katar vermutlich auch militärische Unterstützung für die SAF, um den Einfluss der VAE zu begrenzen. 2008 war Katar als Vermittler im Darfur-Konflikt aktiv. Im gegenwärtigen Konflikt fallen die Golfstaaten aufgrund ihrer Parteilichkeit und ihrer überwiegend negativen Wahrnehmung in der sudanesischen Bevölkerung als Vermittler aus (→ Horner 2025).

18 Allianzen im Sudan

Quelle → 1 / 67



Das Gesamtbild in der Region runden die Beziehungen der Golfstaaten mit Eritrea und Äthiopien ab (→ Ding 2024). In der Vergangenheit waren alle drei Golfstaaten in Friedensgespräche involviert: 2010 vermittelte Katar im Grenzkonflikt zwischen Dschibuti und Eritrea, während Saudi-Arabien und die VAE 2018 zwischen Äthiopien und Eritrea vermittelten. Die VAE unterhielten in Eritrea einen Militärstützpunkt im Hafen von Assab, den sie bis 2021 für militärische Operationen im Jemen nutzten. Allerdings liefen jüngst Saudi-Arabien und Katar den VAE in den wirtschaftlichen Beziehungen (vor allem Investitionen) zu Eritrea den Rang ab. Ein Grund hierfür ist, dass die VAE jüngst eine Verteidigungskooperation mit Äthiopien eingingen, das wiederum den eritreischen Hafen von Assab als strategischen Zugang zum Roten Meer beansprucht. Die VAE belieferten zudem Addis Abeba im Krieg gegen die Tigray People's Liberation Front (2020–2022) mit Kriegsgüter (unter anderem Drohnen). Da Äthiopien auf den Meerzugang in Somaliland angewiesen ist, ergibt sich zudem eine Allianz zwischen Äthiopien, den VAE, Israel und Somaliland. Saudi-Arabien verfolgt hingegen eine Allianz mit Eritrea, der somalischen Zentralregierung und Ägypten, das sich wegen des Baus des Nilstaudamms mit Äthiopien im Konflikt befindet → 17. Die strategische Spaltung entlang eines der wichtigsten globalen Schifffahrtskorridore birgt das Potenzial, Weltmärkte zu stören und bestehende Konflikte zu verschärfen. Es ist mit einer weiteren Zunahme dieser Spannungen zu rechnen – wie etwa gegenwärtig das Säbelrasseln zwischen Äthiopien und Eritrea verdeutlicht. Infolgedessen scheint sich die Kooperation zwischen den VAE und Israel (etwa in Gaza und Somaliland) zu vertiefen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die drei Golfstaaten haben sich auf unterschiedlichen Kriegsschauplätzen als unverzichtbare und miteinander konkurrierende externe Mächte positioniert. Das Engagement eines Golfstaates tangiert unmittelbar die Interessen der beiden anderen. Alle drei Golfstaaten betrachten zudem die gleichzeitige Unterstützung einer Kriegspartei und die Förderung von Friedensverhandlungen nicht als Widerspruch, sondern als bloße Instrumente, um ihre divergierenden geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen voranzutreiben.

Unter den drei Staaten verfolgen die VAE die aggressivste Agenda (→ Ardemagni 2023). So befördert ihre Unterstützung von Milizen (Sudan, Jemen), Söldner:innen (Zentralafrikanische Republik) und abtrünnigen Machtzentren (Libyen, Somalia) die Kontinuität von Gewaltkonflikten und lässt friedliche Beilegungen in weite Ferne rücken.

Wenngleich wir uns in diesem Beitrag auf den Nahen Osten und das Horn von Afrika konzentrieren, zieht vor allem die Konkurrenz zwischen Saudi-Arabien und den VAE immer weitere Kreise.^{→7} So stehen die VAE vor dem Abschluss eines Verteidigungsabkommens mit der Nuklearmacht Indien. Sie reagieren damit auf das Verteidigungsabkommen, das Saudi-Arabien jüngst mit der Nuklearmacht und dem indischen Erzrivalen Pakistan schloss (→ Nereim 2026).

Trotz dieser Rivalitäten gibt es auch Gemeinsamkeiten in der Außen- und Sicherheitspolitik der drei Golfstaaten. So haben sie gemein, dass sie enge Beziehungen zu den USA pflegen und zu den frühen Unterstützern von Donald Trumps „Board of Peace“ gehören. Auch ist den Golfmonarchien – ähnlich wie Donald Trump – die Durchsetzung von Machtinteressen wichtiger als die Einhaltung des Völkerrechts.

Der Irankrieg und dessen ökonomische Folgen am Golf könnten dazu führen, dass die drei Golfstaaten wieder näher zusammenrücken. Dies wird durch gemeinsame GCC-Erklärungen – auch mit der EU – verdeutlicht. Denn alle Monarchien am Golf eint das Interesse, dass der Konflikt schnell zur Ruhe kommt und kein Chaos im Iran ausbricht, um die eigene wirtschaftliche Prosperität nicht langfristig zu gefährden. Zudem haben alle drei Länder kein Interesse an der Errichtung einer Demokratie im Iran. Ein weiterer „demokratischer Frühling“ in der direkten Nachbarschaft soll vermieden werden, da dieser die innerstaatliche Stabilität der Golfmonarchien tangieren könnte. Schließlich dürften auch alle drei Staaten angesichts der Militärschläge aus dem Iran aufrüsten, um ihre Territorialverteidigung zu stärken.

Eine Einflussnahme von außen, um die Politik der Golfstaaten in den verschiedenen Konfliktregionen zu ändern, gestaltet sich als immens schwierig. So haben die Bundesregierung und die EU kaum politische Hebel in der Hand und sind selbst von Energiezulieferungen und der wirtschaftlichen Kooperation mit den Golfstaaten abhängig. Das Friedensgutachten unterbreitet dennoch eine konkrete und eine längerfristige Empfehlung. Konkret sollte alles dafür getan werden, damit die Golfstaaten aus Europa importierte Waffen – entsprechend den europäischen Grundsätzen für Rüstungsexporte – nicht mehr in Krisenregionen weiterleiten. Dabei handelt es sich überwiegend um Kleinwaffen, Komponenten für gepanzerte Fahrzeuge oder ähnliche Güter, die die wirtschaftlichen Beziehungen kaum belasten dürften. Bislang pocht Deutschland nicht auf eine physische Endverbleibkontrolle der an die Golfstaaten gelieferten Waffen, wie sie rechtlich vorgesehen ist.

Über diesen konkreten Schritt hinaus wäre es für eine Überwindung der Konflikte in Ländern wie Jemen, Sudan, Syrien, Libyen oder Somalia förderlich, wenn die Gegensätze zwischen den Golfstaaten abgebaut werden könnten. Dies erfordert von europäischer Seite eine kohärente, intensive und feinfühlige Diplomatie, die gemeinsame Interessen zwischen den Golfstaaten auslotet und deutlich macht, dass alle drei Golfmonarchien von Frieden weit stärker profitieren als von destabilisierten Staaten und Krieg.

- 1 Dies schlug sich auch in ambitionierten nationalen Zukunftsstrategien nieder – etwa der Qatar National Vision 2030, Saudi Vision 2030 und We the UAE 2031. Der Erfolg jener Transformationsprogramme zur Diversifizierung der jünger werdenden Gesellschaft und öl- und gasabhängigen Wirtschaft durch Giga-Projekte (z. B. NEOM) und Sektoren mit globaler Sichtbarkeit wie Tourismus hängt maßgeblich von regionaler Stabilität und Sicherheit ab. Die Luftangriffe aus dem Iran führen somit nicht nur zu kurzfristigen ökonomischen Verlusten durch Schäden an der Energieinfrastruktur, sondern schaden den Staaten angesichts wachsender Unsicherheiten (Rückgang ausländischer Investitionen, ausbleibender Tourismus, etc.) vor allem langfristig.
- 2 Der Golfkooperationsrat ist eine regionale zwischenstaatliche politische und wirtschaftliche Union sowie ein militärisches Bündnis, dem Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, Saudi-Arabien und die VAE angehören. Alle derzeitigen Mitgliedstaaten sind Monarchien
- 3 Eine Normalisierung der Beziehungen wurde erst bei Erfüllung „nicht verhandelbarer“ Forderungen in Aussicht gestellt. Dazu veröffentlichte das Quartett 13 Forderungen, die unter anderem den Abbruch der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Teheran und der Muslimbrüderschaft, die Schließung von al-Jazeera sowie die Beendigung der türkischen Militärpräsenz im Land beinhalteten. Dies zielte letztlich auf eine Rekalibrierung der katarischen Regionalpolitik ab, war aber nicht erfolgreich (→ Bales 2025).
- 4 Saudi-Arabien und die VAE nahmen wieder Beziehungen zu Bashar al-Assad auf und unterstützten nach Jahren regionaler Isolation die Wiederaufnahme Syriens in die Arabische Liga im Jahr 2023.
- 5 Eine Allianz aus Saudi-Arabien, Katar, Türkei und Ägypten forciert die Gründung eines neuen föderalen Bundesstaates im Norden Somalias (Northeast State), um die Unabhängigkeitsbestrebungen von Somaliand und Puntland einzudämmen (→ Lons 2026).
- 6 Im Rahmen seiner Saudi Vision 2030 strebt das Königreich die Entwicklung der Rotmeerregion zu einem wichtigen Zentrum für Handel und Tourismus an. Die sich verschlechternde Lage im Sudan erschwert jedoch die Umsetzung dieses Ziels erheblich.
- 7 Das Engagement der Golfstaaten reicht weit über den Nahen Osten und das Horn von Afrika hinaus und erstreckt sich zunehmend auch auf andere Regionen Afrikas. So tritt Katar als Vermittler im Friedensabkommen zwischen der Demokratischen Republik Kongo, Ruanda und der Rebellengruppe M23 auf. Besonders die VAE investieren in sicherheitsrelevante Strukturen, etwa durch die Kontrolle ziviler Häfen an maritimen Knotenpunkten, durch militärische Kooperationen mit Staaten wie dem Tschad oder durch die Unterstützung ausländischer Söldnergruppen wie den russischen Africa Corps (ehemals Wagner) in der Zentralafrikanischen Republik.

Autor:innen

Marius Bales

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies

Dr. Marc von Boemcken

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies

Yvan Guichaoua, PhD

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies

Mathilda Rauh

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies

Prof. Dr. Conrad Schetter (Koordinator)

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies

Lars Wirkus

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies

Quellenverzeichnis

Ardemagni, Eleonora 2024: The UAE's Rising Military Role in Africa: Defending Interests, Advancing Influence, in: Istituto per gli Studi di Politica Internazionale, <https://www.ispionline.it/en/publication/the-uaes-rising-military-role-in-africa-defending-interests-advancing-influence-172825>; 25.03.2026.

Armed Conflict Location & Event Data Project 2026: ACLED Conflict Index 2024–2025, in: <https://acleddata.com/series/acled-conflict-index>; 25.03.2026.

Bales, Marius 2025: Geopolitische Konflikte I: Innerhalb der Halbinsel, in: Demmelhuber, Thomas; Scharfenort, Nadine (Hrsg.): Die Arabische Halbinsel, Berlin, 219–229.

Ding, Long 2024: The Evolving Roles of the Gulf States in the Horn of Africa, in: Asian Journal of Middle Eastern and Islamic Studies, 18:1, 1–14.

Dworkin, Anthony/Loss, Rafael/Puglierin, Jana 2026: After the Rupture. Middle Powers and the Construction of New Order, in: European Council on Foreign Relations, in: <https://ecfr.eu/publication/after-the-rupture-middle-powers-and-the-construction-of-new-order/>; 25.03.2026.

France24 2025: European Weapons in Sudan, in: <https://www.france24.com/en/european-weapons-in-sudan/>; 25.03.2026.

Horner, Jonas 2025: The Falcons and the Secretary Bird: Arab Gulf States in Sudan's War, in: European Council on Foreign Relations, in: <https://ecfr.eu/publication/the-falcons-and-the-secretary-bird-arab-gulf-states-in-sudans-war/>; 25.03.2026.

International Crisis Group 2019: Intra-Gulf Competition in Africa's Horn: Lessening the Impact (Report Nr. 206), in: <https://www.crisisgroup.org/rpt/middle-east-north-africa/gulf-and-arabian-peninsula/206-intra-gulf-competition-africas-horn-lessening-impact>; 25.03.2026.

Lons, Camille 2026: Power struggle: What the Saudi-UAE rivalry means for the Red Sea – and Europe, in: European Council on Foreign Relations, in: <https://ecfr.eu/article/power-struggle-what-the-saudi-uae-rivalry-means-for-the-red-sea-and-europe/>; 25.03.2026.

Lynch, Marc 2016: The New Arab Wars. Uprisings and Anarchy in the Middle East, New York.

Mutschler, Max/Bales, Marius 2024: Liquid or Solid Warfare? Autocratic States, Non-State Armed Groups and the Socio-Spatial Dimension of Warfare in Yemen, in: Geopolitics, 29:1, 319–347.

Nereim, Vivian 2026: Gloves Come Off in Gulf as Trump's Closest Arab Allies Clash, in: The New York Times, 4.2.2026, in: <https://www.nytimes.com/2026/02/04/world/middleeast/emirates-saudi-arabia-rift.html>; 25.03.2026.

Roberts, David 2017: Qatar. Securing the Global Ambitions of a City-State, London.

Roberts, David 2023: Security Politics in the Gulf Monarchies. Continuity Amid Change, New York.

Rustad, Siri Aas 2025: Conflict Trends: A Global Overview, 1946–2024, in: Peace Research Institute Oslo, <https://www.prio.org/publications/14453>; 25.03.2026.

Samaan, Jean-Loup 2023: New Military Strategies in the Gulf. The Mirage of Autonomy in Saudi Arabia, the UAE and Qatar, London.

Steinberg, Guido 2020: Regionalmacht Vereinigte Arabische Emirate. Abu Dhabi tritt aus dem Schatten Saudi-Arabiens (SWP-Studie 02/2020), Berlin.

UCDP 2026: UCDP/PRIO Armed Conflict Dataset & Battle-Related Deaths Dataset, in: <https://ucdp.uu.se/downloads/charts/>; 25.03.2026.

UNHCR 2025a: Global Trends: Forced Displacement 2024, in: <https://www.unhcr.org/us/global-trends>; 25.03.2026.

UNHCR 2025b: Global Trends Mid-Year 2025, in: <https://www.unrefugees.org/news/five-takeaways-from-the-2024-unhcr-global-trends-report/>; 25.03.2026.

Abbildungen / Grafiken / Tabellen

6 / 49

Globales Konfliktgeschehen

UCDP 2023, UNHCR 2023

Layout: Nele Kerndt, Anany Pal, Lars Wirkus. bicc, März 2024.

7 / 50

Konflikttypen nach Regionen (2024)

UCDP 2023

Layout: Nele Kerndt, Anany Pal, Lars Wirkus. bicc, März 2024.

8 / 50

Globale Gewaltkonflikttrends im regionalen Vergleich

UCDP 2023

Layout: Nele Kerndt, Anany Pal, Lars Wirkus. bicc, März 2024.

10 / 52

Gewaltkonflikte und multilaterale Militär- und Beobachtungsmissionen (2024/2025)

NATO 2025, Natural Earth 2019, UCDP/PRIO 2024, UN Peacekeeping 2025, UN DPPA 2025, ZIF 2025

Layout: Nele Kerndt, Ananya Pal, Noah Schauen, Lars Wirkus. bicc, Februar 2024.

11 / 53

Militärischer Fußabdruck Deutschlands (2019–2025)

ACLED 2024, Deutscher Bundestag 2023, NATO 2025, Natural Earth 2019, UCDP/PRIO 2024, UN Peacekeeping 2025, UN DPPA 2025, ZIF 2025

Layout: Nele Kerndt, Ananya Pal, Noah Schauen, Lars Wirkus. bicc, Februar 2024.

13 / 54

Aktuelle Einsätze der Bundeswehr (März 2026)

Bundesministerium der Verteidigung, Einsatzzahlen, März 2025.

14 / 57

Friedensvermittlungen der Golfstaaten

Eigene Darstellung

15 / 60

Bab al-Mandab und Rotes Meer

Sana'a Center for Strategic Studies, 2026; Armed Conflict Location & Event Data, 2025; Critical Threats Project, 2026.

Layout: Marius Bales, Santiago Duque, Mehraveh Sakhaei, März 2026.

16 / 61

Allianzen im Jemen

Layout: Santiago Duque, März 2026.

17 / 62

Allianzen in Somalia

Layout: Santiago Duque, März 2026.

18 / 63

Allianzen im Sudan

Layout: Santiago Duque, März 2026.